

GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord  
Bussestraße 1, 22299 Hamburg | Tel. 040 5117919 | fraktion@gruene-nord.de

25. März 2014

Antrag

an den Ausschuss für Stadtentwicklung der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

**Groß Borstel 25:  
Bürgerbeteiligung ernst nehmen – Kompromissmöglichkeiten ausloten**

Der Stadtteil Groß Borstel hat lange Jahre unter einer abnehmenden Bevölkerungszahl gelitten. Dies führte zu Kaufkraftverlust und spürbarem Rückgang an Einzelhandel im Stadtteil. Initiiert vom Kommunalverein Groß Borstel fand deshalb im Jahr 2010 mit Unterstützung des Bezirksamtes Hamburg-Nord eine Planungskonferenz statt, deren zentrales Ziel u.a. war, Flächen für zusätzlichen Wohnungsbau zu generieren. Während es angesichts der unzureichenden Versorgung mit Wohnraum in Hamburg also oftmals prinzipielle Vorbehalte gegen Neubauaktivitäten gibt, war hier von Beginn der Debatte an die Bereitschaft im Stadtteil vorhanden, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Ausgehend von dieser Debatte hatte die Bezirksversammlung Hamburg-Nord sich bereit erklärt, das Gelände des ehemaligen Güterbahnhofes Lokstedt von einem Gewerbegebiet in ein Wohngebiet umzuwidmen. Dies ist die einzige zur Verfügung stehende Fläche in Groß Borstel, die die Errichtung einer nennenswerten Anzahl von zusätzlichen neuen Wohneinheiten erlaubt. Die GRÜNE Fraktion hat diese Pläne ausdrücklich unterstützt, auch weil sie hierin Chancen für eine deutlich verbesserte Infrastruktur im Stadtteil sah und noch immer sieht.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ist jedoch deutlich geworden, dass es im Stadtteil trotz des immer wieder ausgesprochenen Wunsches nach zusätzlichen neuen Wohneinheiten erhebliche Ängste bezüglich der möglichen Größenordnung an Wohnungen im Bebauungsplangebiet Groß Borstel 25 und der damit verbundenen verkehrlichen Belastung gibt. Auch wurden Befürchtungen formuliert, die soziale Infrastruktur könne mit dem geplanten schnellen Wachstum des Stadtteils nicht Schritt halten. Den Planunterlagen zufolge sollen dort mindestens 750 neue Wohneinheiten entstehen.

Gemäß veröffentlichter Zahlen im Wohnungsbauprogramm 2014 für den Bezirk Hamburg-Nord verfügt Groß Borstel über einen Bestand von 4.263 Wohneinheiten bei 8.166 Einwohnerinnen und Einwohnern. Das geplante Neubaugebiet wird je nach tatsächlich realisierter Wohnungszahl und den jeweiligen Haushaltsgrößen die Einwohnerzahl des Stadtteils um 20 bis 25 Prozent erhöhen.

Insgesamt 625 Einwendungen brachten die deutlich vernehmbar eine Skepsis gegenüber dem Umfang des Projektes zum Ausdruck. Selbst die SPD in Groß Borstel teilt diese Vorbehalte. In einem Beschluss heißt es: „Der SPD-Distrikt befürwortet ausdrücklich ein Neubauvorhaben am ehemaligen Güterbahnhof Lokstedt, sieht aber die Größenordnung von 750 Wohneinheiten (WE) ausdrücklich als zu hoch an!“ Von fast allen Seiten aus dem Stadtteil wird allerdings betont, dass die genannten Vorbehalte sich nicht generell gegen das Bauvorhaben richten, son-

den gegen den geplanten Umfang der Bebauung – dabei wurde deutlich Kompromissbereitschaft signalisiert.

Aus GRÜNER Sicht erscheint es im Sinne einer effektiven und glaubhaften Bürgerbeteiligung notwendig, vor Beschlussfassung über den Bebauungsplan mit den handelnden Akteuren des Stadtteils ins Gespräch zu kommen, um auszuloten, welche Kompromissmöglichkeiten für eine einvernehmliche Lösung vorhanden sind. Diese Chance, zu dokumentieren, dass Bürgerbeteiligung ernst gemeint ist, sollte nicht verspielt werden und im Sinne des Erhalts des sozialen Friedens im Stadtteil genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund möge der Stadtentwicklungsausschuss beschließen:

1. Der Bezirksamtsleiter wird aufgefordert, zeitnah Gespräche im Sinne eines Runden Tisches aufzunehmen. Zielsetzung ist, einen Kompromiss hinsichtlich des Umfangs der geplanten Bebauung zu finden. Teilnehmen sollen Vertreterinnen und Vertreter (jeweils maximal zwei) des Kommunalvereins Groß Borstel, der AnwohnerInneninitiative sowie der Bahn-Landwirtschaft.
2. Über das Ergebnis dieser Gespräche ist durch den Bezirksamtsleiter unter Einladung der Vertreterinnen und Vertreter des Kommunalvereins Groß Borstel, der AnwohnerInneninitiative sowie der Bahn-Landwirtschaft in der ersten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses nach der Sommerpause zu berichten.
3. Bis zum Abschluss dieser Gespräche und einer entsprechenden Bewertung durch den Stadtentwicklungsausschuss erfolgt keine Beschlussfassung zum Bebauungsplan Groß Borstel 25.

Michael Werner-Boelz  
Carmen Wilckens  
und GRÜNE-Fraktion